

„Zukunftsfähigkeit Bruchköbels bedroht“

Bruchköbeler Bürgerbund wirft Bürgermeister Maibach erneut mangelnden Sparwillen vor

Bruchköbel (pm/df). „Steuererhöhungen anstelle zukunftsgerichteter Einsparungen“ – so fasst die Fraktion des Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) den Kurs von Bürgermeister Günter Maibach nach der letzten Stadtverordnetenversammlung zusammen. CDU, Grüne und FDP hätten den Kurs zu verantworten, der aktuell eine Verminderung des Haushaltsdefizits auf knapp sechs Millionen Euro mit rund 700 000 Euro Mehreinnahmen aus den von ihnen beschlossenen Erhöhungen von Steuern und Friedhofsgebühren erreiche. „Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen als Einsparungen zu verkaufen, ist schon frech“, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Zudem seien ein maßgeblicher Anteil der angeblichen Einsparungen schlicht und ergreifend normale Abweichungen von Planungen und hätten nichts mit realem Sparen zu tun. „Die bei den Personalkosten erfolgte Reduzierung von Ausgaben ist nur eine Folge nicht besetzter Stellen. Da diese jedoch nicht gestrichen wurden, kommen diese Kosten nach der Bürgermeisterwahl wieder auf die Stadt zu“, sieht BBB-Stadtverordneter Harald Hormel ebenfalls keine echten Einsparungen durch den Bürgermeister. Echte Einsparungen müssten ein Konzept für die Zukunft sein und dürften sich nicht in der Ausnutzung einer aktuellen Situation erschöpfen.

Weiter habe die Kommunalaufsicht klar gestellt, dass der Verkauf städtischer Grundstücke nicht für laufende Kosten

angerechnet werden könne. „Wegen fehlender Zukunftsplanung und Verfrühstücken von Eigenkapital ist nicht nur die Zukunftsfähigkeit Bruchköbels bedroht. Dass so auch in Bruchköbel schon Firmen untergegangen sind, sollte sich Bürgermeister Maibach vor Augen führen“, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Durch die Steuererhöhungsbeschlüsse Maibachs seien zudem die Auflagen der Kommunalaufsicht nur teilweise erfüllt.



„Von dem geforderten Konsolidierungskonzept zum Abbau des Defizits bis 2018 ist nichts zu sehen. Offenbar will Maibach, wenn überhaupt, erst nach der Wahl sparen“, sagte Alexander Rabold. So sei es weiter ungewiss, ob die Abgabenerhöhungen alleine die Genehmigung des Bruchköbeler Haushaltes sicherstellen. Dabei habe man stets betont, dass man Steuererhöhungen mittragen könne, wenn echte Einsparvorschläge für die Zukunft gemacht worden wären, die in dem Paket nicht enthalten seien, so der BBB in einer Pressemitteilung. Unsozial seien die Er-

höhungen nach Meinung des BBB allemal. „Die Erhöhung der Grundsteuer wird über die Umlage alle Mieter belasten und ein sowieso schon emotional stark belastender Trauerfall wird in einer Familie mit geringem Einkommen zu einer großen finanziellen Belastung“, bewertet Harald Hormel das Ausmaß der Erhöhungen als erheblich. So steigen die Gebühren für die Benutzung der Friedhofshalle von 90 auf 547 Euro. „Diese Erhöhung auf 600 Prozent ist im Frühjahr von den Bruchköbeler Grünen noch als Kleinigkeit bezeichnet worden“, so Hormel. Er sieht das als ein Indiz dafür, dass Beschlüsse gefällt werden, deren Tragweite für die Bürger vorsätzlich heruntergespielt würde.

Ebenfalls unverständlich sei, dass Maibach weiterhin die Jahresabschlüsse seit 2009 nicht vorlegen konnte. Auch für die angeblichen Verbesserungen in den Jahren 2012 und 2013 fehlten jegliche konkrete Begründungen. In den aktuellen Unterlagen zum Haushalt und den Schreiben der Kommunalaufsicht seien unverändert deutlich höhere Defizite enthalten, als von Maibach mündlich verkündet würden. Transparenz sei weiterhin nicht vorhanden. „Die angeblich reduzierten Defizite sind offensichtlich dem Wahlkampf geschuldet. Für uns gelten die Zahlen der Kommunalaufsicht, und somit haben sich in der Amtszeit Maibach die Schulden auf 50 Millionen Euro verdoppelt. Dies sind die traurigen Fakten“, so der BBB-Vorsitzende Rechholz.